

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

*es hätte so schön sein können: Die Genossenschaftsbanken stehen zwar unter hohem Ertragsdruck, kommen aber bislang vergleichsweise stabil durch die Finanzkrise. Und während sich die allseits geforderte Konsolidierung der Landesbanken wohl bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag hinauszögern wird, stehen die beiden letzten übrig gebliebenen Geno-Zentralbanken in konkreten Fusionsverhandlungen. Aber wieder einmal streiten sich die Kreditgenossen wie die Kesselflicker und gefährden damit die eigentlich bereits beschlossene Fusion – was verdammt peinlich wäre.*

## ■ **Genobanken:** Frankfurter Kapitalbedarf belastet Fusionsvorhaben erheblich

Der Widerspruch von **WGZ-Bank**-Vorstandschef **Werner Böhnke** im Aufsichtsrat der **DZ Bank** zur geplanten **Kapitalerhöhung** hat die Genossen gehörig aufgescheucht. Offenbar gibt es unter den Genobanken im Rheinland und in Westfalen doch **größere Vorbehalte als bislang gedacht**, nicht nur gegen die Kapitalerhöhung bei der DZ, sondern auch gegen den bisherigen Fusionsplan insgesamt. Viele wollen – nicht unverständlichweise – die in der Krise unter Druck geratene DZ nicht **mehrfach mit Kapital ausstatten** müssen und damit womöglich die Bewertung ihrer WGZ in Relation zur DZ verschlechtern.

Manche befürchten auch, dass es mit den vom DZ-Aufsichtsrat beschlossenen Kapitalmaßnahmen noch nicht getan sein könnte, und würden es lieber sehen, wenn die DZ **beim SoFFin anklopfen** würde. Witzig wäre, dass DZ-Vorstandschef **Wolfgang Kirsch** und DZ-Aufsichtsratschef **Rolf Hildner** dort dem geschassten Ex-BVR-Präsidenten **Dr. Christopher Pleister** gegenüber sitzen würden... Dennoch: Auch Genossenschaftsbanken außerhalb NRWs hatten den Gang zum SoFFin angeregt, etwa **Hans-Joachim Tonnellier**, Vorstandschef der **Frankfurter Volksbank**. Doch bislang bleibt die DZ Bank – und mit ihr der weitaus größte Teil ihrer Eigentümer – eisern: Die Genossen helfen sich **aus eigener Kraft**.

**Walter Weinkauf**, Präsident des neuen, aus der **Fusion der Genoverbände Frankfurt und Norddeutschland (GVN)** hervorgegangenen **Genossenschaftsverbandes**, schlägt sich klar auf die Seite der DZ. Er hielte es für fatal, vorschnell das Selbsthilfefprinzip zu opfern und „dem **Zug der Lemminge in den Staatskapitalismus** zu folgen“. Außerdem appelliert er an die Beteiligten, die Fusion nicht platzen zu lassen. Er erwartet **Synergien in Höhe von 120 Mill. Euro** pro Jahr, die die Genobanken (Betriebsergebnis nach Bewertung im Verbandsgebiet 2008: 0,42% der DBS, nach 0,56% im Vorjahr) gut gebrauchen könnten. Einsparpotenzial erkennt Weinkauf auch durch **konsequentes Outsourcing der Back-Office-Bereiche**, v.a. bei kleineren Genobanken. Auch damit stößt er **nicht überall auf Gegenliebe**, weder bei allen Genobankern (etwa Tonnellier), und natürlich noch weniger bei den Arbeitnehmervertretern (Streik im Westmünsterland, vgl. Nr. 55 vom 19.05.08). Auch durch die **Verbandsfusion** mit dem GVN sparten die Primärbanken Geld, sagt Weinkauf. Der fusionierte Genossenschaftsverband vertritt 338 der 1232 genossenschaftlichen Primärbanken in 13 Bundesländern. Weitere Verbände könnten jederzeit dazu stoßen, so Weinkauf, der Ende des Jahres sein Amt an **Michael Bockelmann** vom früheren GVN abgibt.

## ■ **HSH Nordbank:** Politiker zerfleischen sich vor dem „D-Day“

Sie haben eigentlich nur die **Wahl zwischen Pest und Cholera**: In einer **gemeinsamen Sitzung in Kiel** kommen **am Dienstag** die **Vertreter aus dem Hamburger Senat und der Landesregierung von Schleswig-Holstein** zusammen, um eine **Vorentscheidung zur Zukunft der HSH Nordbank** zu treffen, die **3 Mrd. Euro frisches Kapital** braucht. Die Sparkassen aus Schleswig-Holstein und die zuletzt mit wenig Fortune grasende „Heuschrecke“ **J.C. Flowers** wollen bzw. können an diesem Kraftakt nicht mehr teilnehmen. Im Vorfeld sind sich **Politiker aller Parteien uneins, in Kiel fetzen sie sich regelrecht**.

Wollen sie nicht den **Einfluss auf ihre Landesbank** verlieren, müssen sie sich irgendwie zusammenraufen. Geben Kiel und Hamburg **nicht die nötige Finanzinjektion**, muss die HSH **beim SoFFin anklopfen**, der einstweilen zwar 30 Mrd. Euro Garantien zugesagt hatte, aber **bislang nur 10 Mrd. Euro bewilligt** hat, weil nach wie vor ein überzeugendes Konzept für die Zukunft fehlt. Apropos Zukunft: Geht es nach **Werner Marnette** (CDU), Wirtschaftsminister im Kieler Kabinett, dann hat die HSH keine solche mehr. **Für die Kreditversorgung v.a. des Mittelstands in der Region jedenfalls sei sie nicht erforderlich**. Schleswig-Holstein sollte sie möglichst schnell loswerden, empfiehlt der ehemalige Chef der Norddeutschen Affinerie. Finanzminister **Rainer Wiegard** – ein Parteikollege von Marnette – soll beim Studium des umstrittenen Gutachtens regelrecht getobt haben, ist aus Kiel zu hören. Hilfreich, um die besonders kritischen Mitentscheider für die Rettung zu gewinnen, mag das alles freilich nicht sein. Und

im Streit um die HSH zweifellos ein neuer Höhepunkt, nachdem zuvor schon die **geplante 200 Mill. Euro Ausschüttung der Landesbank an Investoren** die Gemüter erhitzt hat. Der Kieler SPD-Fraktionschef **Ralf Stegner** ließ wissen, er sei „fast aus dem Auto geflogen“, als ihm dies mitgeteilt wurde. Empört reagierten Politiker aller Parteien, wobei darüber, wann wer informiert war, inzwischen unterschiedliche Versionen kursieren. Wie auch immer – sowohl in Hamburg als auch in Kiel ist noch keine klare Linie erkennbar. Nicht auszuschließen, dass **Wolfgang Kubicki** (FDP-Fraktionschef in Kiel) am Ende Recht behalten würde, wenn er prophezeit, **von den 3 Mrd. Euro sehe man keinen Cent wieder**. Trotz des Schlagabtausches dennoch schwer vorstellbar, dass die Länder diesen Preis nicht zu zahlen bereit sind...

## ■ **GM-Bonds: Keine Einigung erzielt – Intervention der US-Regierung erwartet**

Der **General-Motors**-Konzern hat sich nicht mit den Inhabern der von GM ausgegebenen Bonds einigen können. Im Rahmen der Zusage öffentlicher Mittel im Dezember 2008 hatte die amerikanische Regierung gefordert, dass sich General Motors bis zum 17. Februar auf die **Reduzierung der Schulden aus Bonds** von insgesamt 27,5 Mrd. Dollar um etwa zwei Drittel einigen müsse (Nr. 14 vom 4.2.2009). **Nun könnte die US-Regierung die Sache selbst in die Hand nehmen und eine Lösung herbeiführen.**

Ohne eine Einigung kann Washington umgehend einen **Kredit von 13,4 Mrd. Dollar** zurückfordern, was gewissermaßen automatisch die Insolvenz auslösen müsste. In den Verhandlungen strebte GM einen **Verzicht der Bond-Inhaber** auf 70% ihrer Forderungen an. Damit wären diese Papiere noch 30% ihres Nominalwertes wert gewesen. Da verschiedene GM-Bonds längst nur noch zu 15% an der Börse notieren, hatte GM gute Chancen gesehen, dass die Gläubiger zustimmen. Genau das ist aber nicht geschehen. **Die Bond-Inhaber argumentieren vielmehr, dass die von ihnen verlangten Sanierungszugeständnisse deutlich über jenen der Gewerkschaften und vieler Zulieferer lägen.**

Sowohl in New York wie in London wird nun erwartet, dass die amerikanische Regierung keineswegs den genannten Kredit von 13,4 Mrd. Dollar fällig stellt, sondern einen **Forderungsverzicht der Bond-Gläubiger selbst herbeizuführen versuchen** wird. Im Gespräch ist dabei eine Lösung, bei der die Bond-Inhaber aus Washington **10% des Nominalwertes ihrer Papiere in bar** erhielten. Im Übrigen würden die Papiere in **neue Bonds im Nominalwert von 40% der alten GM-Bonds** umgetauscht. Diese Variante würde Bond-Eignern dergestalt versüßt, dass die **neuen Papiere von Washington garantiert** würden.

## ■ **Schweizer Bankgeheimnis: Nach den USA plant auch Berlin eine Attacke**

Das so **hoch gelobte Schweizer Bankgeheimnis** wird gleich **von mehreren Fronten scharf attackiert**. Die **US-Justiz** hat der **UBS** so viel Feuer gemacht, dass die Großbank den US-Steuerfahndern die geheimen Daten von hunderten amerikanischen Kunden ausgehändigt hat. Die Amis geben noch immer keine Ruhe und wollen weitere sensible Daten. Ausgerechnet in dieser kritischen Phase – **Experten befürchten schon massive Geldabflüsse Schweizer Banken** – erhöht **auch Berlin** den Druck.

Ein **Referentenentwurf des Bundesfinanzministeriums** zur Bekämpfung schädlicher Steuerpraktiken soll es den Finanzbehörden ermöglichen, im Verdachtsfall den Steuerpflichtigen dazu zu verdonnern, auf einem amtlichen Vordruck **Fragen über Art und Inhalt seiner Geschäftsbeziehungen mit ausländischen Finanzinstituten** zu beantworten, falls mit dem jeweiligen Land kein Auskunftsaustausch nach OECD-Regeln erfolgt. Unsere eidgenössischen Nachbarn sind erbost.

Zudem, so beschwert sich der Züricher Branchendienst „Exclusiv“, wären die im Vordruck namentlich genannten Kreditinstitute **von der Verschwiegenheitsverpflichtung gegenüber den deutschen Finanzbehörden zu entbinden**. So will das Ministerium offenbar **durch die Hintertür das schweizerische Bankgeheimnis aushebeln**, befürchten die Eidgenossen. Sogar eine Versicherung an Eides statt könnten die Behörden verlangen und bei Missachtung ein Ordnungsgeld von bis zu 5000 Euro kassieren.

## ■ **Entlassene Banker: Viele in London finden neue Jobs – so mancher auf Abwegen**

Die diversen **Entlassungswellen** der Banken am Londoner Finanzmarkt haben **zu weit weniger arbeitslosen Bankern geführt** als noch im Sommer 2008 erwartet. Da ging man von wenigstens 20 000 neuen Arbeitslosen aus. Nach jüngsten Zahlen, die wir von spezialisierten **Stellenvermittlern** erhalten, dürften **bis Mitte Februar zumindest 17 000 bis 18 000 Banker einen neuen Job** gefunden haben. Umfangreiche Neueinstellungen hat es z.B. bei den japanischen Banken in London gegeben.

Bei letzteren führt **Nomura International** mit weitem Abstand. Das erklärt sich aus der Übernahme großer Teile des **Lehman-Brothers**-Geschäfts in London. Aber **auch die Abwicklung** von Lehman sowie anderer Institute hat **neue Arbeitsplätze geschaffen** – teils bei Banken, teils aber auch bei großen **Wirtschaftsprüfungsgesellschaften**, die in Großbritannien die **Rolle der Insolvenzverwalter** innehaben.

Vereinzelt wurden, so ist zu hören, Banker auch **aus dem Ausland – v.a. Nahost – abgeworben**. Genauso sind eine Reihe **Ausländer** unter den in London tätigen Bankern – insbesondere Schweizer – **in ihre Heimat** zurückgekehrt. Schließlich gibt es **Banken, die nunmehr Geschäftssparten**, in denen sie bisher nicht sonderlich stark waren, **gezielt ausbauen**. Das gilt beispielsweise für die **HSBC**, die das **Hypothekengeschäft mit privaten Kunden** forciert. Bemerkenswert ist auch, dass einzelne – **v.a. jüngere Banker** – **völlig andere Stellen** angenommen haben, um dort erst einmal die Erholung des Bankgeschäfts abzuwarten. In dem Zusammenhang ist sogar von Bankerinnen zu hören, die in wohlhabenden Haushalten die **Kinderbetreuung oder andere Aufgaben des Hauspersonals** übernommen haben. Gerade weil **Hauspersonal besonders knapp** ist, hat sich dies schnell als lukrativ herumgesprochen.

## ■ **Fonds-Vertriebe:** HSH Real Estate steigt bei Aragon-Tochter BIT ein

Die Branche der **Geschlossenen Fonds** ist ziemlich **unter Druck**, nicht nur die Fonds selber, sondern auch **Anbieter und Vertriebe**. Die Vertriebsplattform **Aragon** will diese Lage nutzen und gemeinsam mit der **HSH Real Estate** in einer „**strategischen Partnerschaft**“ eine „**treibende Kraft** in der anstehenden **Konsolidierung**“ unter den Fonds-Vertrieben werden.

Dazu ist die HSH Real Estate **mit 25,1% bei der Aragon-Tochter BIT Beteiligungs- und Investitions-Treuhand AG eingestiegen**. Zuvor hielt Aragon 60% und die beiden BIT-Vorstände **Jan Bäumler** und **Sascha Sommer** jeweils 20% an der BIT. Mit dem Ausscheiden Bäumlers Anfang des Jahres suchte Aragon nun einen neuen Gesellschafter und fand ihn in der HSH Real Estate, die allerdings über 25% übernehmen wollte. Jetzt hält Aragon also noch 54,9%, Sommer wie zuvor 20% und die HSH Real Estate 25,1%. Zudem hat es eine **kleine Kapitalerhöhung** gegeben, über deren Höhe allerdings Stillschweigen vereinbart worden war. Im Gespräch mit „Czerwensky intern“ versichert Aragon-COO **Wulf Ulrich Schütz**, dass die **Vertriebsunabhängigkeit** der BIT gewahrt bleibe. „Wir wollen keine Produkte der HSH Real Estate pushen“, so Schütz. Vielmehr verspreche sich die HSH Real Estate von der Beteiligung „**mehr direkte Rückkopplung vom Markt**“. Das Know-how der BIT wolle die Tochter der HSH Nordbank „für die Konzeption ihrer Produkte nutzen“. Gemeinsam, erklärt Schütz, wolle man nun die Konsolidierung angehen, indem kleine **Vertriebsunternehmen zugekauft** und/oder **Berater abgeworben** werden.

## ■ **C-Quadrat:** Wiener Fondsmanager freuen sich über Rekordzuflüsse

Auch als **Fondsmanager** hat man es dieser Tage nicht leicht: Praktisch alle haben sich in den letzten Monaten eine blutige Nase geholt, insbesondere bei den **Aktiefonds**. Zudem klagt die Branche über **Mittelabflüsse**. Wer sich dem einigermaßen entziehen konnte, darf sich glücklich schätzen, so etwa die österreichische Fondsgesellschaft **C-Quadrat** mit ihren Mischfonds.

Die Wiener haben 2008 **Rekord-Nettozuflüsse von 154 Mill. Euro** in ihre Produktgruppe **C-Quadrat Arts-Fonds** zu verzeichnen gehabt, die **zu mehr als der Hälfte aus Deutschland** stammten. Bei uns werden die C-Quadrat-Fonds seit zwei Jahren vertrieben, v.a. über Versicherungen und Finanzvertriebe. Allein im Dezember erreichten die Fonds rund 50 Mill. Euro an Nettozuflüssen – davon über 90% aus Deutschland. Hier stand freilich die **Abgeltungssteuer** Pate. Allerdings, so verrät uns Arts-Gründer und -Geschäftsführer **Leo Willert**, habe dazu sicherlich auch die **relativ gute Performance seiner Dachmischfonds** beigetragen. Arts managet die Fonds für C-Quadrat. Tatsächlich ist es so gelungen, mit den Total-Return-Mischfonds durch rechtzeitiges **Umschichten von Aktien- in Anleihe- und Geldmarktfonds**, die Verluste seit Sommer '07 im Vergleich zu den einschlägigen Indizes im Rahmen zu halten. Arts versucht, **frühzeitig nachhaltige Länder- und Branchentrends** zu erkennen und investiert dann **sehr konzentriert**. Gegenwärtig seien auf den Aktienmärkten die **Health- und Pharmawerte** interessant. Bei den Anleihen habe er zuletzt auf inflationsgestützte Papiere gesetzt, zurzeit auf Euro-Staatsanleihen. Ein **striktes Stopp-Loss-System** soll bei eintretenden Verlusten schnell die Reißleine ziehen. Derzeit setzt sich etwa der Total Return Global aus 60% Anleihen und zu je 20% aus Aktien und Geldmarkt zusammen.

## ■ **Namen:** Ehemaliger DZ Bank Chef Ulrich Brixner verstorben

+++ **Ulrich Brixner**, nach langer Karriere im genossenschaftlichen Bankenlager zuletzt von 2001 bis September 2006 Vorstandsvorsitzender der Frankfurter **DZ Bank**, ist im Alter von 68 Jahren verstorben.

+++ Im Sommer wird **Dr. Oliver Wagner**, derzeit für den **Bundesverband deutscher Banken** tätig, neuer Geschäftsführer des **Verbandes der Auslandsbanken in Deutschland**. Er ersetzt damit **Jens Tolckmitt**, der dann neuer Hauptgeschäftsführer des **Verbandes deutscher Pfandbriefbanken** wird, wo er auf den zur **Münchener Hypothekbank** wechselnden **Dr. Louis Hagen** folgt.

## ■ Czerwensky-Wochenausblick: Dividendenüberraschungen bei Allianz und BASF?

**Dienstag (24.2.):** Die Optimisten sehen in den nun schon zum vierten Mal in Folge gestiegenen Konjunkturerwartungen des ZEW (vgl. Nr. 20 vom 18.2.2009) **erste Hinweise auf die Bodenbildung der Konjunktur und eine Wiederauferstehung**. Mehr Aussagekraft messen sie dem **ifo Geschäftsklimaindex** zu, der nicht die Stimmung von Finanzmarktexperten, sondern in den Unternehmen widerspiegelt. Der ifo-Index für Februar könnte sich aber ebenfalls erholt haben. Eine klare Aufwärtstendenz wie beim ZEW – dort möglicherweise nur ein Basiseffekt – war beim ifo-Index bislang noch nicht erkennbar.

**Mittwoch (25.2.):** Das Interesse anlässlich der **Bilanz-Pk von Henkel** richtet sich v.a. auf zwei Entwicklungen: Wie stark leiden die **Aktivitäten in Osteuropa** schon unter den großen Problemen in vielen Ländern der Region? Daneben haben Befürchtungen in den letzten Tagen den Kurs stark belastet, wonach die **Klebstoffsparte** stärker vom Wirtschaftsabschwung betroffen sein könnte als vom Management bislang eingestanden. Positive Impulse könnten Aussagen zu **Entlastungen durch die niedrigeren Rohstoffpreise** verleihen. Und: Wie kommt das Umstrukturierungsprogramm „**Global Excellence**“ voran?

**Donnerstag (26.2.):** Großübernahmen wird es für längere Zeit nicht mehr geben, hat **Dr. Jürgen Großmann**, Chef von **RWE**, bereits versprochen. Zunächst gilt es den für über 9 Mrd. Euro gekauften niederländischen Versorger **Essent** zu integrieren. Die **Bilanz-Pk** dürfte willkommener Anlass sein, auch diesen teuren Deal zu erläutern. Die **geographische Nähe** und der **hohe Anteil an erneuerbaren Energien** lassen den Zukauf aus Sicht der besonders schmutzig Strom erzeugenden RWE stimmig erscheinen. Welche **Synergien** verspricht sich Großmann daraus? Und was bedeutet der hohe Kaufpreis für die **Dividende** in den nächsten Jahren? Gesprochen wird sicherlich auch über die Berufung von **Dr. Rolf Martin Schmitz**, dem Chef von **RheinEnergie**, in den Vorstand mit Verantwortung für das nationale Erzeugungs-, Netz- und Vertriebsgeschäft, was Experten als Anzeichen für die Gründung einer **RWE Deutschland AG** werten. Dies könnte ein großer Schritt zur Erhöhung der Effizienz innerhalb des Konzerns sein.

Kaum einer beschreibt die Geschäftseinbrüche seit Monaten so drastisch wie **Dr. Jürgen Hambrecht**, Chef der **BASF**. Die **erhoffte Belebung der Nachfrage** nach chemischen Produkten als Folge des Lagerabbaus bei den Kunden ist auch **in den ersten Wochen des Jahres ausgeblieben**. Die Auslastung der Fabriken hat BASF schon vor Monaten drastisch heruntergefahren. Weltweit wurden **Restrukturierungs- und Effizienzsteigerungsprogramme beschleunigt**. Sonderlich optimistisch klingt Hambrecht schon länger nicht, er erwartete bislang so schnell keine Belebung. Und ausgerechnet vor dem einsetzenden Abschwung hat er für viel Geld **Ciba** übernommen. Neben dem zyklischen Abschwung ist damit ein **weiterer Belastungsfaktor** dazugekommen. Macht es da Sinn, die **Dividende auf dem Niveau des Vorjahres** zu halten, wie es Hambrecht kürzlich in einem Zeitungsinterview angedeutet hat?

Was der Commerzbank (noch) erspart geblieben ist, muss nun die **Allianz** tun: nämlich **wegen der Dresdner Bank einen Milliardenverlust für das vierte Quartal** berichten. Die Schätzungen liegen zwischen 2 und 3 Mrd. Euro. Die Aktionäre hoffen auf die Zukunft. Befreit von der über Jahre mitgeschleppten und per Saldo hohe Verluste produzierenden Beraterbank könnte die im Kerngeschäft Versicherungen als solide und bestens positionierte Allianz neu aufblühen. Die spannende Frage anlässlich der Veröffentlichung der Jahresergebnisse ist weniger das Ergebnis 2008, als vielmehr die **Dividende. 5,50 Euro** hatte die Allianz **im Vorjahr** je Aktie verteilt. Mancher geht von einer Halbierung aus, noch mehr aber hoffen auf eine (positive) Überraschung, sprich dass CEO **Michael Diekmann** gar nicht so stark senkt.

Wie schon die Commerzbank „verzichtet“ auch die **Deutsche Post** auf eine Pk zur Präsentation ihrer **Jahresergebnisse**. Diese sind ohnehin weitgehend bekannt, und die Post wird der Presse **am 11. März ihre „Strategie 2015“ erläutern**. Chef **Frank Appel** stellt sich jedoch telefonisch zur Verfügung.

**Freitag (27.2.): René Obermann** stellt sich indes gerne live den Fragen der Journalisten. Schließlich gilt die **Deutsche Telekom** als Hort der Stabilität in der Krise. Große Ausschläge in den **Jahresergebnissen** gibt es dort kaum. Für die richtig negativen Schlagzeilen sorgen seit einigen Quartalen andere...

„Aus keiner Gefahr rettet man sich ohne Gefahr.“  
Niccolò Machiavelli

Gutes Gelingen wünscht Ihnen  
Ihr   
RA Hans J.M. Manteuffel

vid Vereinigte Informationsdienste GmbH & Co KG · Bahnhofstraße 39 · 40764 Langenfeld · Tel.: 0 21 73/3 99 86-0 · Fax: 0 21 73/3 99 86-26 · Geschäftsführer/Herausgeber: RA Hans J.M. Manteuffel · Chefredakteur: Robert Heß · Redaktion: Jan Döhler · Abonnenten-Service: Tel.: 0 21 73/3 99 86-20 · Fax: 0 21 73/3 99 86-26 · e-mail: vertrieb@vid-news.com · Erscheint montags, mittwochs und freitags · www.czerwensky.de info@czerwensky.de · Kündigung 6 Wochen vor Ende der Bezugsperiode · Inhalt ohne Gewähr